

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 25.11.2010  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Christel Wegmann 46414 Rhede

#### Mitglieder:

Michael Hilbring	48691 Vreden	Vertretung für Stephanie Pohl von 17.00-17.20 Uhr Anwesend ab 17.20 Uhr
Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Monika Dopp	46419 Isselburg	Vertretung für Martin Huesmann
Helga Gliem	46325 Borken	
Bernadette Jormann	46419 Isselburg	
Bernhard Krassenbrink	46395 Bocholt	Vertretung für Frank Engbers
Karl-Heinz Pfaffe	48703 Stadtlohn	
Christine Preuß-Sapper	48734 Reken	Vertretung für Benedikt Kemper
Helmut Roters	48734 Reken	
Barbara Seidensticker-Beining	46354 Südlohn	
Matthias Bodo Stratmann	46359 Heiden	

#### beratende Mitglieder:

Heinrich Döring	46325 Borken	
Dr. Ansgar Hörster		
Bastian Nitsche	46325 Borken	Vertretung für Alfred Wellers
Hans-Josef Overmann		
Matthias Schlettert	46325 Borken	Vertretung für Andreas Schwin- ning, bis TOP 5, 19.55 Uhr
Jürgen Terhart	46397 Bocholt	

#### Es fehlen entschuldigt:

Ute Gertz	46397 Bocholt
Ralf Groß	46325 Borken
Jörg Kerschek	46325 Borken
Sigrid Kliem	48734 Reken
Berthold Langehaneberg	48739 Legden
Wolfgang Kurt Mazur	48599 Gronau
Marlis Spieker-Kuhmann	46325 Borken

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Norbert Wiemer  
Elisabeth Möllenbeck  
Ute Gewers  
Dr. Gerhard Ettliger  
Dr. Gerswid Altenhoff-Weber  
Kerstin Hilvert

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Die Vorsitzende Christel Wegmann eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Ausschussmitglieder Monika Dopp und Michael Hilbring von der Vorsitzenden per Handschlag auf die folgende Formel verpflichtet: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe.)“.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1:       Vorstellung des Aufgabenbereichs Jugendhilfeplanung Vorlage: 0264/2010**

---

**Beschluss:**                               einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht zum Aufgabenbereich der Jugendhilfeplanerin zur Kenntnis.

Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

#### **Punkt 2:       Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenprogramms 2010 Vorlage: 0266/2010**

---

Ergänzend zur Sitzungsvorlage erläutert Frau Möllenbeck den Stand zur Umsetzung des Maßnahmenprogramms 2010 und beantwortet weitere Fragen.

Auf die Anfrage von Frau Seidensticker-Beining zur Kooperation mit den Hebammen teilt Frau Möllenbeck mit, dass bei zahlreichen Hebammen eine große Zurückhaltung bezüglich der Kooperation mit den Jugendämtern zu verzeichnen sei. Es habe ein Gespräch mit der Kreishebammen-Gesellschaft stattgefunden, um die wechselseitigen Anforderungen an die Zusammenarbeit zu erörtern.

Zu den Maßnahmen 3 (Durchführung eines „Qualitätszirkels offene Ganztagschule“ in Kooperation mit dem Schulamt für den Kreis Borken) und 6 (Kooperation von Tageseinrichtungen und Tagespflege in Bezug auf Betreuungsbedarfe in den Randzeiten) bittet Frau Seidensticker-Beining darum, dass der Jugendhilfeausschuss über die Ergebnisse der Beratungen informiert wird.

Bezogen auf die verbesserte Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in die Jugendarbeit regt Frau Pohl an, die Unterstützungsbedarfe der jungen Menschen aufzulisten.

Darüber hinaus erkundigt sie sich nach der Möglichkeit, die Ergebnisse der Situationsanalyse „Jugendliche in den Hilfen zur Erziehung“ (Maßnahme 11) dem Jugendhilfeausschuss bekannt zu geben.

Die gewünschten Informationen werden den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zugesagt.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenprogramms 2010 zur Kenntnis.

---

**Punkt 3: Verabschiedung des Maßnahmenprogramms 2011**  
**Vorlage: 0267/2010**

---

Frau Möllenbeck erläutert die in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Maßnahme zur Entwicklung der Medienkompetenz im Planungsbereich „Jugendarbeit“ berichtet Frau Dopp, die als Leiterin einer Kindertageseinrichtung tätig ist, dass durch einen jungen Mann, der ein Freiwilliges Soziales Jahr in ihrer Einrichtung absolviert, ein Projekt zum Thema „Kind und Computer“ erarbeitet werde. Sie bietet an, dem Jugendamt die Ergebnisse dieses Projekts zur Verfügung zu stellen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss verabschiedet das Maßnahmenprogramm 2011 einschließlich der zusätzlichen Maßnahme „Entwicklung konzeptioneller Grundlagen für die aufsuchende Jugendarbeit“ (Ergänzungsvorlage 0267/2010/1) und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit der Umsetzung der Maßnahmen.

---

**Punkt 4: Verabschiedung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans**  
**Vorlage: 0015/2010**

---

Zu Beginn bemängelt Frau Seidensticker-Beining, dass der nun vorliegende Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans nicht in der Planungsbegleitgruppe besprochen worden sei. Herr Overmann weist darauf hin, dass es sich bei diesem nun vorliegenden Plan bereits um eine Fortschreibung handle, die in verschiedenen Gremien beraten wurde und deren Hintergrund vor allem auch durch die Vorstellung der Abteilung Kinder- und Jugendförderung in der September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses bekannt sei.

Frau Gewers stellt sodann den Inhalt des Kinder- und Jugendförderplans vor. Die dazugehörige Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Im Anschluss daran regt Frau Seidensticker-Beining verschiedene Änderungswünsche an. Unter anderem schlägt sie vor, in dem Text zu den Punkten 3.2 und 3.4 die Wörter „sollen“ durch „müssen“ zu ersetzen. Herr Overmann weist darauf hin, dass an diesen Stellen der Wortlaut des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFÖG) übernommen worden sei und eine solche Verpflichtung der freien Träger durch das Jugendamt nicht möglich sei.

Nach eingehender Diskussion bittet Frau Seidensticker-Beining darum, an Stelle der angelegten Änderungen die freien Träger zu den erwähnten Maßnahmen gezielt anzusprechen, damit diese sich für eine Umsetzung der dort formulierten Ziele einsetzen.

Weitere Änderungswünsche zu einzelnen Formulierungen werden in den Kinder- und Jugendförderplan übernommen (Pkt. 3.2.1, S. 9; Pkt. 3.2.2, S. 9; Pkt. 3.2.3, S. 9; Pkt. 3.4, S. 10; Pkt. 5, S. 18). Die Änderungen sind in dem als **Anlage 3** beigefügten Text des Kinder- und Jugendförderplans berücksichtigt.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den als **Anlage 3** beigefügten 2. Kinder- und Jugendförderplan, der vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages am 09.12.2010 in Kraft tritt. Gleichzeitig tritt der bisherige 1. Kommunale Kinder- und Jugendförderplan vom 01.01.2007 außer Kraft.

**Punkt 5: Zahngesundheit der Kinder in Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 0268/2010**

**Punkt 5.1: Zahnärztliche Untersuchung in Kindergärten/Grundschule**  
**Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.11.2010**  
**Vorlage: 0278/2010**

---

Herr Dr. Ettliger erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage die Hintergründe der Diskussion zum Thema „Zahngesundheit in Kindertagesstätten“. Sowohl für Kinder in Kindertagesstätten als auch für die Kinder in den Grund- und Förderschulen gebe es ein gutes zahnmedizinisches Versorgungsangebot. Das Problem bestehe darin, alle Kinder und ihre Eltern zu motivieren, dieses Angebot auch wahrzunehmen. Verschiedene Versuche mit schriftlichen Benachrichtigungen der Eltern hätten sich in der Vergangenheit als hilfreiche Erinnerung für ohnehin gesundheitsbewusste Eltern, aber untauglich im Hinblick auf Kinder erwiesen, die trotz mehrfacher Hinweise auf behandlungsbedürftige Zahnschäden den Zahnarztbesuch scheuten. Die Einführung weiterer diagnostischer Angebote sei nicht zielführend. Hier müssten neue Strategien der Motivation und Hilfestellung erprobt werden. Er weist in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, dass die Aufnahme der zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen in das U-Untersuchungsheft einschließlich einer Überprüfung der Teilnahme für unbedingt erforderlich und sinnvoll erachtet wird. So können mit vertretbarem Aufwand Kinder identifiziert werden, die trotz behandlungsbedürftiger Zähne nicht zum Zahnarzt gehen. Diesen Kindern und ihren Eltern sollen Hilfen angeboten werden. Mit dem Projekt soll in der Kommune mit dem schlechtesten Zahnstatus begonnen werden.

Herr Dr. Hörster betont, dass die unterschiedlichen Wege bei der Human- und der Zahnmedizin nicht nachvollziehbar seien. Dieser Punkt sei auch Gegenstand der Petition, und über den Landkreistag sei auch ein entsprechender Hinweis an das Familienministerium NRW übermittelt worden.

Auf Nachfrage von Frau Dopp stellt Herr Dr. Ettliger dar, dass der Einsatz der für die Zahnprophylaxe vorgesehenen Einlegeblätter für die U-Untersuchungshefte auch in anderen Städten und Gemeinden möglich sei, die weiteren dort beschriebenen Maßnahmen jedoch wegen des damit verbundenen Aufwandes erst nach Bewährung im Pilotprojekt. Frau Dopp berichtet, dass in ihrer Kindertagesstätte bei der Aufnahme ein Nachweis über die erfolgten Vorsorgeuntersuchungen durch Vorlage des Untersuchungsheftes verlangt werde. Das genannte Einlegeblatt stelle so eine gute Möglichkeit einer ergänzenden Überprüfung durch die Kindertagesstätten dar.

Herr Hilbring regt an, in dem in Gronau vorgesehenen Modellprojekt Vergleichskindergärten festzulegen, also einerseits Kindergärten, in denen das Elternmodell mit begleitenden

„Zahnmüttern“ praktiziert werde, und andererseits Einrichtungen, in denen sich ausschließlich die Mitarbeiter/innen der Kindertageseinrichtung um die Kontrolle der Zahngesundheit der Kinder kümmern. Herr Dr. Ettlinger nimmt diese Anregung gerne entgegen.

Frau Seidensticker-Beining erklärt, dass durch die Vorlage und die mündlichen Ausführungen die Anfrage der SPD-Fraktion beantwortet worden sei.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsberichts zur Zahngesundheit der Kinder in Kindertagesstätten zur Kenntnis.

---

**Punkt 5.2: Zahngesundheit der Kinder in Kindertagesstätten/Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 23.11.2010**  
**Vorlage: 0292/2010**

---

**Beschluss:** 1 Ja-Stimme  
11 Nein-Stimmen  
keine Enthaltungen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

---

**Punkt 6: Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen im freiwilligen sozialen Bereich**  
**Vorlage: 0262/2010**

---

Kreisdirektor Dr. Hörster weist auf die gesondert verteilte und als **Anlage 4** beigefügte Tischvorlage hin, in der die Angebote aufgelistet seien, deren Überprüfung bezogen auf die Förderstrukturen im freiwilligen sozialen Bereich noch ausstehe. Der Jugendhilfebereich sei hinsichtlich der 13 Projekte der Lebenslage 8 betroffen. Das Verfahren werde wie in der Vergangenheit durchgeführt, d.h. die Verwaltung bereite die Entscheidungen vor. Die Beratung erfolge in Projektgruppen und in den politischen Gremien. Dort werde auch die abschließende Entscheidung getroffen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Sachstand und das weitere Vorgehen im Projekt „Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen im freiwilligen sozialen Bereich“ werden zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 7: 2. Controllingbericht 2010**  
**Vorlage: 0265/2010**

---

Im Zusammenhang mit dem Controllingbericht weist Herr Wiemer darauf hin, dass wegen des absehbaren positiven Ergebnisses im Budget 02 am 22.11.2010 ein Gespräch mit den Bürgermeistern aus dem Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Borken stattgefunden habe. Man sei zu einem Konsens gekommen, durch den den jugendamtsangehörigen Städten und Gemeinden die diesjährige Überdeckung zurückerstattet werden könne. Mittelfristig sei durch das vorgesehene Verfahren auch ein Ausgleich von Über- und Unterdeckungen des Jugendamtsbudgets über die Jahre möglich. Ein entsprechendes Schreiben des Kreis-

kämmerers sei den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis zugeleitet worden. Das Verfahren werde im Kreisausschuss erläutert.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichts 2010 zum Stichtag 30.09.2010 zur Kenntnis.

---

**Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Overmann informiert über die Ergebnisse des Aufrufs des Jugendamtes zur Gewinnung von Bereitschaftspflegefamilien: Nach Beratung im Kreistag sei durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Sinn und die Notwendigkeit von Bereitschaftspflegefamilien verdeutlicht worden. Nach Erscheinen der Presseartikel seien mehrere Familien/Personen in Kontakt zu den Nebenstellen des Kreisjugendamtes getreten und hätten sich weitergehende Informationen geben lassen. Dies stelle einen guten Anfang dar, aus dem sich durchaus Potenziale für Bereitschaftspflegefamilien entwickeln könnten.

---

**Punkt 9: Anfragen**

**Punkt 9.1: Elternbeiträge Offene Ganztagsgrundschulen**  
**Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.11.2010**  
**Vorlage: 0276/2010**

---

Zur Anfrage der SPD-Fraktion erläutert Frau Möllenbeck, dass die Schulträger, in deren Hand der Betrieb einer Offenen Ganztagschule liege, mit Kooperationspartnern verschiedenster Art (Förderverein bzw. freie Träger der Jugendhilfe) zusammenarbeiteten. Je nach vertraglicher Gestaltung und Aufgabenverteilung zwischen dem jeweiligen freien Träger und dem Schulträger ergäben sich unterschiedliche Kosten. Auch unterscheide sich die Höhe der kommunalen Mittel, die ergänzend zu den Landesmitteln für den Betrieb der Ganztagsangebote bereitgestellt werden. Sie weist auf die Homepage des Schulamtes Borken hin, auf der sämtliche Angebote im Bereich OGS aufgeführt seien (siehe Link: [http://www.schulamt-borken.de/?Themen\\_und\\_Aufgabenbereiche:Ganztagsangebote](http://www.schulamt-borken.de/?Themen_und_Aufgabenbereiche:Ganztagsangebote)).

Frau Seidensticker-Beining erklärt, dass der Punkt 3 der Anfrage bereits durch die Erläuterungen zum Maßnahmenprogramm beantwortet worden sei.

---

Christel Wegmann

---

Kerstin Hilvert